FDP Offenbach

KOALITION STELLT RESOLUTIONSANTRAG ZUM ERHALT DES ARBEITSGERICHTES IN OFFENBACH

11.03.2010



"Das Arbeitsgericht in Offenbach muss erhalten bleiben!" Mit dieser Forderung und einem aktuellen Antrag schließt sich die Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP verschiedenen Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Anwaltschaft an.

Das hessische Justizministerium plane derzeit offenbar aus Kostengründen, das Arbeitsgericht in Offenbach aufzulösen. Damit wäre Offenbach die einzige deutsche Großstadt ohne Arbeitsgericht. "Das ist nicht vereinbar mit einem Status als Oberzentrum", findet die Koalition. Das Auflösen des Gerichtes werde nicht nur den Standort Offenbach schwächen sondern auch Gerichtsverfahren durch lange Wege verzögern. Das Arbeitsgericht sei für Offenbach unabdingbar, um eine ortsnahe juristische Betreuung der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es sei nicht ersichtlich, warum Aufwendungen von 200.000 Euro im Jahr für die Miete der Räumlichkeiten im Offenbacher Gerichtszentrum kostenintensiver als sonst benötigte Umbauten in Hanau, Frankfurt und Darmstadt sein sollen. Statt einer Kosteneinsparung erreiche man höchstens eine Kostenverschiebung.

Abgerufen am 11.11.2026 unter https://fdp-of.de/?p=382